

STAHLGIPFEL Bremen

Gemeinsame Erklärung

- des Präsidenten des Senats der Freien Hansestadt Bremen
- der IG Metall Bremen und IG Metall Bezirksleitung Küste
- des Vorstands der ArcelorMittal Bremen GmbH
- des Betriebsrats der ArcelorMittal Bremen GmbH

Stahl in Bremen

ArcelorMittal Bremen produziert 3,5 Mio. Tonnen Flachstahl pro Jahr. Dies entspricht ca. 8% der deutschen Stahlproduktion. Das Werk beschäftigt 3.500 Mitarbeiter; ebenso sind ca. 1.000 Mitarbeiter bei verschiedenen Partnerfirmen direkt und dauerhaft im Werk beschäftigt. ArcelorMittal Bremen ist damit einer der größten Arbeitgeber in der Region.

ArcelorMittal Bremen ist Teil des weltgrößten Stahlkonzerns mit über 220.000 Mitarbeitern weltweit und einer Produktionskapazität von 115 Mio. Tonnen. Der Konzern unterhält in über 60 Ländern Produktionsstätten.

Für eine starke und wettbewerbsfähige Stahlindustrie in Bremen

Bremen ist seit Generationen eng mit der Stahlproduktion verbunden. Stahl hat eine Schlüsselfunktion für die industrielle Wertschöpfung – in Bremen, bundesweit und für Europa. Die Stahlproduktion ist unverzichtbar für eine auch weiterhin leistungsstarke und innovative Industrie.

Die Unterzeichner dieser Resolution sind sich einig und entschlossen, die Zukunft der Stahlherstellung in Bremen zu sichern sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Sicherung der Arbeitsplätze vorausschauend zu stärken. Gemeinsam vertreten sie folgende Positionen:

Energie- und Klimaschutzpolitik

Die Energiewende und der Klimaschutz sind zentrale gesellschaftliche Herausforderungen. Die Stahlindustrie stellt sich den zentralen Zukunftsaufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft und somit selbstverständlich auch dem Klimaschutz. Gemeinsames Ziel ist die Reduktion von CO₂-Emissionen. Entsprechend muss es einen gleitenden Übergang zu einer CO₂-armen Industrie geben.

Die Energieversorgung in Deutschland muss sicher, sauber und bezahlbar sein. Aus Sicht des Industriestandorts Bremen ist besonders darauf zu achten, dass dieses Zieldreieck nicht zu Lasten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Stahlbranche in ein Ungleichgewicht gerät.

Die Kosten der Energiewende müssen daher gerecht verteilt und auch für die energieintensiven Industrien tragbar bleiben. Der Einsatz der Bundesregierung für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz wird begrüßt. Notwendig ist aber auch die dauerhafte und vollständige Befreiung der in der Stahlindustrie typischen Eigenversorgung mit Strom auf Basis von Kuppelgasen von der EEG-Umlage für Bestands- und Neuanlagen. Dies ist ökologisch sinnvoll.

Die Unterzeichner betrachten die Vorschläge der Europäischen Kommission zur künftigen Ausgestaltung des EU-Emissionsrechtehandels für die Stahlindustrie mit Sorge. Die vorgesehene starke Verknappung der freien Zuteilung von Zertifikaten würde eine erhebliche Kostensteigerung und Wettbewerbsverzerrung für die Stahlindustrie bedeuten. Darüber hinaus werden erhebliche Zusatzkosten für Stahlunternehmen und Stahlbranche befürchtet durch die Vorschläge:

- einer pauschalen Verringerung der Benchmarks ohne Rücksicht auf die technische und wirtschaftliche Machbarkeit,
- einer weiteren Anwendung des sektorübergreifenden Korrekturfaktors und
- einer nur anteiligen Strompreiskompensation.

In der Konsequenz könnte diese Entwicklung existenzgefährdende Ausmaße für die Stahlunternehmen und nicht absehbare Folgen für industrielle Wertschöpfungsketten nach sich ziehen.

Die Beratungen zum EU-Emissionsrechtehandel in den kommenden Monaten müssen zum Ziel haben, dass die im internationalen Wettbewerb stehenden Stahlunternehmen nicht unverhältnismäßig belastet werden, um auch weiter auf dem umkämpften Stahlmarkt bestehen und investieren zu können.

Globale Handelsverflechtungen

Die Wettbewerbsintensität auf den internationalen Märkten hat deutlich zugenommen. Sichtbar wird dies an der gestiegenen Außenhandelsdynamik und dem dramatisch gewachsenen Importdruck in der EU 28. Dieser ist vor allem Resultat hoher Überkapazitäten in China. Die Unterzeichner sehen mit Sorge, dass die chinesische Stahlindustrie mit subventionierten, unter geringen Umweltauflagen und Arbeitsbedingungen unterhalb der ILO-Normen hergestellten Produkten den Wettbewerb behindern.

Stahlbasierte industrielle Wertschöpfungsnetzwerke sind auch die Voraussetzung für die Exporterfolge der deutschen Industrie. Dabei ist aber nicht nur die direkte Ausfuhr von Stahlprodukten bedeutsam. Auch die indirekten Exporte in Form innovativer Endprodukte aus Stahl sichern die wirtschaftliche Basis unseres Landes.

Notwendig ist daher eine europäische Außenhandelspolitik, deren Instrumente wirkungsvoll ausgestaltet sind und effizient eingesetzt werden. Eine EU-rechtlich formale Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft darf nur erfolgen, wenn die entsprechenden Bedingungen hierfür vollumfänglich erfüllt sind. Bisher ist dies nicht der Fall. Die chinesische Wirtschaft ist von wettbewerbsverzerrenden Eingriffen durch den Staat gekennzeichnet. Auch gibt es in der Praxis kein diskriminierungsfreies Gesellschaftsrecht, das die Anwendung internationaler Rechnungslegungsstandards oder den Anlegerschutz gewährleistet. Es fehlen in China ferner ein funktionierendes Insolvenzrecht, wirksame Verfahren zum Schutz geistigen Eigentums sowie ein vom Staat unabhängiger Finanzsektor. Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Importe aus China, die in der Regel mit höheren CO₂-Emissionen belastet sind als europäischer Stahl, braucht es angesichts des ungleichen Wettbewerbs wirksame Handelsschutzinstrumente, um die europäische Stahlindustrie gegen gedumpte und subventionierte Einfuhren zu schützen gleichwertige Marktbedingungen zu schaffen und emissionsärmeren Produktionsanlagen eine nachhaltige Chance zu geben.

Akzeptanz durch Innovation

Produkte und Technologien der Industrie gründen sich auf ein breites Verständnis in der Bevölkerung. Sie tragen zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen bei. Aber auch neue Produktionsanlagen und der Aus- und Umbau von Infrastruktur bedürfen weiterhin gesellschaftlicher Akzeptanz.

Bremen bekennt sich zu seiner Dialogkultur. Die Landesregierung wird diese zur Steigerung von Akzeptanz von Industrie- und Infrastrukturprojekten weiter fortführen und die Zusammenarbeit der in Bremen tätigen lokalen und regionalen Allianzen auch zukünftig befördern.

Die Unterzeichner stehen für weitere Zukunftsinvestitionen in die Stahlindustrie. Sie wollen die Stahlindustrie unterstützen und für Akzeptanz in der Bevölkerung werben. Dabei kommt es vor allem darauf an, die Argumente kritischer Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen, frühzeitig umfassend zu informieren und in einer offenen Diskussion nach fairen Lösungen zu suchen.

Die Unterzeichner werden ihre Zusammenarbeit verstärken und durch vermehrte Forschungsanstrengungen die Dynamik der Werkstoffentwicklung und den bereits erfolgreich beschrittenen Weg zur Senkung von CO₂-Emissionen und Verbesserung des Klimaschutzes weiter vorantreiben. Dies kann nur unter Einbeziehung und Engagement aller Akteure – Unternehmen, IG Metall, Politik und Wissenschaft – gelingen mit dem Ziel, Innovationen als Schlüsselement zur Absicherung der Technologieführerschaft und zum Erhalt guter Arbeit in der Stahlbranche voranzutreiben.

Die Stahlindustrie ist bereits heute gekennzeichnet durch die Integration in ein enges Netzwerk von Lieferanten, Kunden und Forschungsinstituten. Dieses wird durch Konzepte von Industrie 4.0 dynamisch weiterentwickelt. Für die Stahlindustrie ist es wichtig, dass die mit den neuen Technologien einhergehenden Veränderungen angemessen berücksichtigt werden. Dabei muss die Schnittstelle zwischen Mensch und Maschine besondere Beachtung finden.

Die Unterzeichner sind sich einig, die notwendige Zusammenarbeit von Hochschulen und Forschungseinrichtungen einerseits und Unternehmen andererseits weiter zu stärken. Es muss darum gehen, den Innovationstransfer stetig auszubauen und Unternehmen damit bestmögliche Chancen zu eröffnen, konkrete anwenderorientierte Innovationen der Digitalisierung in die Produktionsprozesse zu integrieren. Gleichzeitig gilt es, gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitswelt sowie Ausbildung und Qualifizierung den Erfordernissen der Digitalisierung anzupassen.

Standortfaktor Mitbestimmung

Die Mitbestimmung, insbesondere die Montanmitbestimmung, hat sich als Standortfaktor bewährt und trägt zur Sicherung und Stabilität der hiesigen Stahlindustrie bei. Neue Herausforderungen sind vor diesem Hintergrund auch künftig sozialpartnerschaftlich und in enger Abstimmung mit der Landespolitik zu bewältigen. Grundlage ist dabei stets das gemeinsame Interesse am wirtschaftlichen Erfolg der Stahlindustrie und an der Absicherung und dem Ausbau von Beschäftigung.

Die Einbindung von Gewerkschaften und Betriebsräten in der nachhaltigen Standortentwicklung bietet somit in einem transnational aufgestellten Konzern ein Alleinstellungsmerkmal, dessen Potenzial es zu nutzen gilt.

Fazit

Die Stahlindustrie in Bremen ist technologisch und qualitativ mit ihren Produkten hervorragend aufgestellt. Sie ist die Werkstoffbasis für leistungsstarke und innovative Wertschöpfungsnetzwerke. Dabei bekennt sie sich zu ihrer umweltpolitischen Verantwortung und dem weiteren Ausbau von nachhaltigen Produktionsprozessen. Jedoch steht sie auch im Wettbewerb mit internationalen Unternehmen, die nicht vergleichbaren energie- und umweltpolitischen Vorgaben ausgesetzt sind.

Die Unterzeichner sind sich darin einig, dass politische und rechtliche Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Investment-Leakage an den Stahlstandorten in Europa und Deutschland vermieden und das Ziel der Europäischen Kommission einer Reindustrialisierung nicht gefährdet wird.

Sie setzen sich daher mit Nachdruck in Berlin und Brüssel für den Erhalt einer starken Stahlindustrie unter fairen Rahmenbedingungen ein, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Nur eine wettbewerbsfähige Stahlindustrie kann sich substanzerhaltende und zukunftsichernde Investitionen sowie eine nachhaltige Forschung und Entwicklung leisten. Anders wird es nicht möglich sein, die Wirtschaft auch in Zukunft als Motor für Innovationen zu erhalten. Nur so können die hochwertigen Arbeitsplätze in der bremischen Stahlindustrie für die Zukunft nachhaltig gesichert werden.

Bremen, 09. Februar 2016

Dr. Carsten Sieling
(Bürgermeister)

Dr. Dietmar Ringel
(Vorstandsvorsitzender ArcelorMittal Bremen)

Meinhard Geiken
(IG Metall Bezirksleiter Küste)

Dr. Ute Buggeln
(Geschäftsführerin IG Metall Bremen)

Klaus Hering
(Betriebsratsvorsitzender ArcelorMittal Bremen)